

Matthes, Heinrich

Article — Digitized Version

Die Bewältigung der Folgen des Sozialismus: Herausforderungen für die deutsche Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Matthes, Heinrich (1991) : Die Bewältigung der Folgen des Sozialismus: Herausforderungen für die deutsche Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 71, Iss. 12, pp. 609-613

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136827>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Heinrich Matthes*

Die Bewältigung der Folgen des Sozialismus

Herausforderungen für die deutsche Wirtschaftspolitik

Die Bewältigung der Folgen des Sozialismus stellt die deutsche Wirtschaftspolitik vor ihre wahrscheinlich größte Herausforderung. Wie sollte die Wirtschaftspolitik dieser Herausforderung Rechnung tragen?

Im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion um die deutsche Vereinigung standen zunächst ihre unmittelbaren monetären Wirkungen. Sehr bald schon sollte sich jedoch herausstellen, daß diese Effekte weniger gravierend waren. Dagegen erwiesen sich die realwirtschaftlichen Auswirkungen und damit einhergehende Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt, der Zahlungsbilanz und nicht zuletzt auch der öffentlichen Finanzen als ungleich bedeutender. Die schnelle Integration der ostdeutschen Wirtschaft in die gesamtdeutsche und sogar in die europäische Wirtschaft läßt es darüber hinaus zunehmend unangemessen erscheinen, zwischen zwei getrennten Wirtschaftsgebieten zu unterscheiden. Es ist deshalb notwendig, die Implikationen der deutschen Vereinigung für die gesamtdeutsche Wirtschaft darzustellen.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der deutschen Vereinigung werden insbesondere auf drei Gebieten deutlich:

- Zunächst kam es zu einer gravierenden Lücke zwischen gesamtwirtschaftlichem Angebot und Nachfrage,
- sodann entstanden große Asymmetrien auf dem deutschen Arbeitsmarkt und
- schließlich gibt es zunehmende Schwierigkeiten, eine solide Fiskalpolitik durchzusetzen.

Die große Lücke zwischen gesamtwirtschaftlichem Angebot und wirksamer Nachfrage, wie sie als Folge der Wiedervereinigung sofort auftrat, war zunächst eine unmittelbare Konsequenz der Einführung einer konvertiblen und deutlich überbewerteten Währung in Ostdeutsch-

land. Die Möglichkeit, sofort nach der Währungsunion sowohl Konsum- als auch Investitionsgüter von hoher Qualität zu relativ günstigen Preisen zu erwerben, machte fast das gesamte heimische Angebot unattraktiv. Der heimische Kapitalstock wurde damit ökonomisch weitgehend unbrauchbar. Der wirtschaftliche Zusammenbruch des ostdeutschen Angebots wurde allerdings nicht von einer entsprechenden Anpassung der Kaufkraft begleitet. Im Gegenteil, hohe Transferleistungen und ein großzügiger Umtausch des vorhandenen Geldvermögens haben die Kaufkraft gestützt. Damit überstieg die ostdeutsche Nachfrage das wirtschaftlich wettbewerbsfähige Angebot bei weitem.

Somit kam es fast unmittelbar zu einem gewaltigen Umschwung in der deutschen Leistungsbilanz. Wies diese vor der Währungsunion noch einen Rekordüberschuß von nahezu 5% des BIP auf (womit die Bundesrepublik Deutschland seit Jahren im Zentrum der internationalen Kritik stand), so war bereits ein halbes Jahr nach der Währungsunion ein Defizit von 1% des BIP entstanden. Der Umschwung in der Leistungsbilanz von immerhin 6% des BIP in kürzester Zeit kam überraschenderweise sogar ohne größere Preissignale zustande. Die güterwirtschaftliche Integration der europäischen Wirtschaft ist also offenbar so weit fortgeschritten, daß – jedenfalls bei normaler oder sich gar abschwächender Konjunktur – bedeutende regionale Nachfrageschocks ohne wesentliche Preissignale bewältigt werden können.

Die zukünftige Entwicklung der deutschen Leistungsbilanz wird entscheidend davon abhängen, wie die ostdeutsche Wirtschaft ihren „Marsch aus dem Sozialismus“ bewältigt. Gelingt der Aufholprozeß, so dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Angebotslücke zunächst sogar

Dr. Heinrich Matthes, 57, ist stellvertretender Generaldirektor für Wirtschaft und Finanzen der EG-Kommission. Die hier vertretenen Ansichten entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

* Vortrag anläßlich des Fachkongresses der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung „Ein Jahr Deutsche Einheit: Wirtschafts- und sozialpolitische Zwischenbilanz und Zukunftsperspektiven“ in Berlin am 24. 10. 1991.

noch vergrößern. Zu andauernd hohen privaten Konsumausgaben (es wird mit einer positiven zukünftigen Einkommensentwicklung gerechnet) werden nämlich auch noch wachsende Investitionsausgaben treten, die die Ersparnisbildung deutlich übersteigen werden. Damit würde also das Leistungsbilanzdefizit zunächst eher noch zunehmen.

Gesamtdeutscher Arbeitsmarkt

Obwohl der gesamtdeutsche Arbeitsmarkt immer noch von deutlich unterschiedlichen Entwicklungen gekennzeichnet ist, weist er doch zunehmend gemeinsame Züge auf. Sein bereits fortgeschrittener Integrationsgrad läßt sich einmal an der hohen Zahl der Pendler (fast 450 000) ablesen und zum anderen an dem starken Anpassungsdruck der ostdeutschen Löhne an das westdeutsche Niveau.

Gegenwärtig sind die ostdeutschen Löhne bereits von etwa 1/3 bis auf weit über 50% des westdeutschen Niveaus angestiegen, und in vielen Fällen sollen sich die Tariflöhne bis zum Jahre 1995 schon voll an den westlichen Stand anpassen. Damit wird immer deutlicher, daß sich im Osten ein an der durchschnittlichen Produktivität orientiertes Lohnniveau nicht mehr verwirklichen läßt. In einem integrierten Arbeitsmarkt kann man ein solches Postulat ohne unerwünschte Wanderungsbewegungen nicht durchsetzen. In vielen Bereichen ist zudem eine produktivitätsorientierte Lohnhöhe kaum operational; so sind beispielsweise im Öffentlichen Dienst Lohnrelationen von 1:3 für praktisch gleiche Aufgaben auf Dauer nicht durchzuhalten. Aber auch im Dienstleistungssektor kommt es aufgrund produktiver neuer Arbeitsplätze oder wegen der westdeutschen Arbeitnehmer, die zumindest anfänglich eingesetzt werden müssen, zu einem großen Lohnanpassungsdruck. So ist wahrscheinlich eine schnelle Anpassung der Löhne zwischen West und Ost gar nicht zu vermeiden. Freilich hat dies erhebliche Konsequenzen für die Gestaltung des ostdeutschen Aufholprozesses. Im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern verliert Ostdeutschland offensichtlich von vornherein den Vorteil niedriger Löhne und insoweit seine Attraktivität für private Investoren. Die weitreichenden Konsequenzen dieses Tatbestandes führten beispielsweise dazu, daß VW sich bei Skoda engagierte.

Schließlich zur dritten bedeutenden, gesamtwirtschaftlichen Auswirkung der deutschen Vereinigung: ihren finanzpolitischen Folgen. Dem bereits eingangs beschriebenen Umschwung der Zahlungsbilanz entspricht eine fast gleichlaufende Passivierung des deutschen Budgets. Hier handelt es sich um einen gewaltigen Anstieg der Transfers, welche die sozialen Auswirkungen des notwendigen Anpassungsprozesses abfedern müs-

sen und die nach Schätzungen der Bundesbank 1991 5,5% des westdeutschen Sozialprodukts erreichen dürften. Hierzu zählen Leistungen der Sozialversicherungsträger (Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld), aber auch die hohen Subventionen an bestehende Unternehmen in Form von Exportbürgschaften oder Liquiditätshilfen. Der Anstieg des öffentlichen Defizits beträgt etwa 5% des BIP.

1992 dürfte die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte einschließlich der diversen Sondervermögen wie Bundes- und Reichsbahn, Treuhandanstalt oder Kreditabwicklungsfonds an die 200 Mrd. DM-Grenze heranreichen. Zudem ist die öffentliche Finanzlage in Deutschland mit großen Risiken behaftet. Insgesamt kann das Risiko der Verschuldung der Treuhand bis 1994 auf eine dreistellige Milliardenhöhe veranschlagt werden.

Aus dem Ausbau der ostdeutschen Infrastruktur ergeben sich weitere und vermutlich steigende Belastungen. Allerdings hat es derzeit den Anschein, als ob solche Infrastrukturmaßnahmen erst allmählich in Gang kämen; bis das Gros dieser Arbeiten flächendeckend in Angriff genommen werden kann, vergehen wohl noch einige Jahre.

Trotz all dieser ins Haus stehenden Belastungen wird die mittelfristige Budgetlage Deutschlands in der Öffentlichkeit immer noch relativ positiv eingeschätzt. Freilich übersieht man wohl dabei folgendes: Die derzeitigen Defizite werden zusammen mit der unvermeidbaren Übernahme von Altschulden bzw. bestehender Unternehmensschulden den Schuldenstand der öffentlichen Haushalte deutlich ansteigen lassen. Zwangsläufig kommt es damit auch zu einer entsprechenden Erhöhung des Schuldendienstes. Schon in relativ kurzer Zeit werden sich nämlich die Zinszahlungen auf die öffentliche Verschuldung um etwa 2% des BIP ausweiten. Soll also das Defizit auch nur konstant bleiben, so müßten die verbleibenden Ausgaben um diese 2% des BIP gekürzt werden. Die angestrebte deutliche Verringerung des öffentlichen Defizits von etwa 4 1/2% auf etwa 2 1/2% des BSP erweist sich damit als eine sehr ehrgeizige Vorgabe. Gegenüber der jetzigen Defizithöhe macht sie eine zusätzliche Kürzung der gesamten Ausgaben der Gebietskörperschaften um etwa 10% notwendig.

Marktwirtschaftlicher Rahmen

Zu den fatalen Hinterlassenschaften des östlichen Zusammenbruchs gehört nicht nur eine über 40 Jahre Sozialismus verbogene Arbeits- und Anspruchsmentalität der Menschen sowie eine auf zentrale Planung und politische Willkür hin ausgerichtete Rechtsordnung, sondern auch sehr niedrige Pro-Kopf-Realinkommen, Millionen und aber Millionen nicht wettbewerbsfähiger Arbeits-

plätze sowie ein völlig veralteter und unzureichender öffentlicher und privater Kapitalstock. Von alledem ist die ehemalige DDR nicht ausgenommen, obwohl sie verglichen mit den Wirtschaften der anderen osteuropäischen Staaten offenbar immer noch relativ modern und wettbewerbsfähig war.

Vor diesem Hintergrund muß man wohl endgültig von der Illusion Abschied nehmen, die Heranführung der ostdeutschen Wirtschaft an das Leistungs- und Einkommensniveau der westdeutschen Wirtschaft sei in wenigen Jahren zu schaffen. Vielmehr handelt es sich um eine Jahrhundertaufgabe. Sie erfordert ein Höchstmaß an Flexibilität und Kreativität der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger und – last but not least – einen viel größeren Umverteilungswillen als dies bisher erkennbar ist.

Die Währungsunion und die anschließende politische Vereinigung beseitigte sehr schnell einige wichtige negative Hinterlassenschaften des alten Regimes. Zunächst handelt es sich um die sofortige Übernahme der westdeutschen Rechtsordnung. Hiermit wurde dem Osten ein verlässlicher und bewährter Rahmen für eine funktionierende und hoch wettbewerbsfähige Marktwirtschaft übertragen.

Sodann beendete die Währungsunion schlagartig die über 40 Jahre andauernde Abschottung der ostdeutschen Wirtschaft von Weltmarktentwicklungen. Sofort gehörten damit alle Zahlungsbilanzbeschränkungen der Vergangenheit an, bei direktem und unbegrenztem Zugang zu den Weltfinanzmärkten. Zudem gab es für den potentiellen Investor kaum noch ein Wechselkursrisiko, und westliche Investitionsgüter konnten zu günstigen Preisen erworben werden.

Diesen für die weitere Entwicklung günstigen Bedingungen stand freilich nach der Einführung der DM auch eine gravierende Einschränkung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber. Während andere osteuropäische Länder Unzulänglichkeiten ihrer Produktionsstruktur zumindest temporär über eine Währungsabwertung und sonstige Schutzmaßnahmen für die heimische Produktion mildern konnten, legte die 300-prozentige Aufwertung¹ in der ehemaligen DDR all die schweren Mängel der östlichen Produktionsstruktur von heute auf morgen schonungslos offen.

Die Einführung der konvertiblen und überbewerteten DM hat also in Ostdeutschland die Wahlmöglichkeiten für den notwendigen Anpassungsprozeß erheblich eingeschränkt. Da die alten Produktionsstrukturen häufig nicht

ohne ökonomisch unvertretbaren Ressourceneinsatz wettbewerbsfähig gemacht werden können, müssen ganz neue Produktionsstätten aufgebaut werden. Um bei mittelfristig annähernd gleicher Lohnhöhe wie im Westen andere ostdeutsche Standortnachteile zu kompensieren, müssen dabei die neuen Arbeitsplätze zumindest die westdeutsche Produktivität aufweisen, wenn nicht sogar eine noch höhere.

Daß insbesondere neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen, wird auch deutlich, wenn man die Ergebnisse sogenannter erfolgreicher Sanierungen betrachtet, die in der Regel mit der Stilllegung ganzer Betriebszweige einhergehen. Daneben erhöht ein massiver Beschäftigungsabbau die Produktivität überlebensfähiger Betriebsteile. Unter dem Strich bedeutet dann eine erfolgreiche Sanierung oftmals den Erhalt von weniger als ein Drittel der vorherigen Arbeitsplätze, und ob diese langfristig gesichert sind, steht noch dahin.

Die Rolle der Treuhandanstalt bei der Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft wird weiterhin kontrovers diskutiert. Die Sanierung der Unternehmen und die Forderung nach schneller Privatisierung läßt sich nicht immer vereinen. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist wahrscheinlich eine schnelle Privatisierung für die weitere Entwicklung erfolversprechender. Privates Kapital bedeutet private Initiative und damit private Verantwortung. Entfalten sich diese nicht, ist zu befürchten, daß verkrustete Strukturen weiterbestehen, unvernünftige Produktionsabläufe verlängert werden und Subventionen den Wettbewerb verzerren, womit dann letztlich auch neue Investitionen behindert werden.

Das Erbe sozialistischer Mißwirtschaft muß also durch verstärkte Privatisierungsanstrengungen schnellstmöglich aufgearbeitet werden. Eine erfolgreiche Marktwirtschaft bedingt Privateigentum am Produktivvermögen. Auch werden sich die Unternehmen nur dann voll den Erfordernissen des Marktes stellen, wenn ihnen der Zugang zu Steuergeldern verwehrt bleibt.

Aufbau des Kapitalstocks

Die Produktivität privater Investoren in Ostdeutschland wird durch eine schlechte Infrastruktur erheblich beeinträchtigt. Massive öffentliche Infrastrukturinvestitionen im weitesten Sinne sind daher unvermeidbar. Eine spürbare Verbesserung der Infrastruktur wird allerdings viel Zeit kosten. Nicht nur, daß man in Ostdeutschland über Jahrzehnte hinweg von der Substanz lebte, die vorhandene Substanz wurde zudem auch modernen Erfordernissen immer weniger gerecht. Um so wichtiger erscheint ein schnelles und glaubwürdiges Aufbauprogramm der Infrastruktur.

¹ Unmittelbar vor dem Fall der Mauer mußte die DDR mehr als 4 Mark (Ost) aufwenden, um im Export 1 DM (West) zu verdienen.

Neben der Stimulierung öffentlicher Investitionen, die auch die Umleitung finanzieller Ressourcen von West nach Ost erforderlich machen, sind erhebliche Investitionen in den privaten Kapitalstock erforderlich, sei es in Produktionsanlagen oder sei es im Wohnungsbau. Die gegenwärtigen öffentlichen Fördermaßnahmen in Ostdeutschland zielen primär auf die Stützung von Investitionen mit direkten Zuschüssen oder Abschreibungserleichterungen, womit immer auch das Risiko einer Fehlallokation eingegangen wird. Darüber hinaus begünstigen Steuererleichterungen einseitig westdeutsche Unternehmen, da ostdeutsche Unternehmen auf absehbare Zeit vermutlich keine Gewinne machen, soweit nicht schon die ungenügende Liquiditätsausstattung als Investitionshemmnis wirkt. Auf jeden Fall sollten Investitionsanreize wohl von vornherein nur für eine begrenzte Zeit gelten, allerdings in der Anfangsphase in beträchtlichem Umfang, um positive Signale auszulösen.

Am aussichtsreichsten erscheint gegenwärtig, privates Risikokapital zum Aufbau komplett neuer Strukturen anzuziehen, sind doch solche Projekte nicht mit den Altlasten des Sozialismus befrachtet, wie z. B. mit hohen Unternehmensschulden, Umweltrisiken oder zu großen unproduktiven Belegschaften. Nach den vorliegenden Investitionsplanungen kann hier durchaus schon von einer zufriedenstellenden Dynamik gesprochen werden. Dies gilt insbesondere, nachdem der Gesetzgeber Investitionshemmnisse in Form ungeklärter Eigentumsverhältnisse abgeschwächt hat. Darüber hinaus werden andere komparative Nachteile des Standortes Ostdeutschland durch großzügige Investitionsanreize kompensiert. Wenn diese neuen Werke letztendlich Mitte der neunziger Jahre ihre Produktion aufnehmen werden, sind zudem aller Voraussicht nach die größten Mängel in der öffentlichen Infrastruktur bereits geheilt.

Viele Investitionen im Dienstleistungssektor erfolgen allerdings quasi automatisch. Denn der Banken-, Versicherungs- und Handelssektor war in allen sozialistischen Wirtschaften völlig unterentwickelt. Schnell wachsende Dienstleistungsmärkte bei fehlenden sozialistischen Altlasten versprechen daher potentiellen Investoren attraktive Renditen. Grundsätzlich wären also für diesen Bereich eigentlich besondere staatliche Investitionsanreize gar nicht unbedingt erforderlich. Prinzipiell ebenfalls sehr vielversprechend sind die Aussichten für Wohnungsbauinvestitionen, und dies trotz gegenwärtig nach wie vor sehr niedriger Mieten.

Ein Erbe vierzigjähriger sozialistischer Mißwirtschaft ist der vollkommen veraltete und heruntergekommene Kapitalstock im warenproduzierenden Gewerbe. Für diesen Bereich sind die Aussichten, Investoren zu finden,

am düstersten. Denn zum einen liefe eine Sanierung dieser Unternehmen zumeist auf einen kompletten Neuaufbau der Kapazitäten hinaus. Und zum anderen sind gerade diese Unternehmen mit sozialistischer Altlast überfrachtet, welche die Rendite für potentielle Investoren erheblich schmälert. Hierbei ist vor allem auf die überwiegend politisch determinierten Altschulden dieser Unternehmen hinzuweisen, auf die riskanten ökologischen Altlasten und auf den viel zu hohen Personalbestand.

Möglicherweise sollten die politisch determinierten Altschulden vollständig von der öffentlichen Hand übernommen werden, anstatt sie erst nach zeitraubenden Fall-für-Fall-Verhandlungen zu erlassen. Der hieraus resultierende Effekt auf den Haushalt der Treuhandanstalt dürfte kaum wesentlich zu Buche schlagen, werden doch bereits jetzt durchschnittlich 80% der Altschulden erlassen.

Will man den erwünschten Investitionsschub mit regionalen Subventionen in Ostdeutschland auslösen, sollte man über ein konsistentes und deutliches Bündel von Maßnahmen zur Verbesserung der Angebotsbedingungen nachdenken. Ein solches Paket sollte zumindest folgende drei Maßnahmen enthalten: Deregulierung (der Dinges-Bericht gibt hier wertvolle Hinweise), Reduzierung sektoraler Subventionen in Westdeutschland und eine strikte Ausgabenkontrolle im öffentlichen Sektor, um die Finanzpolitik mittelfristig wieder auf einen gesunden Entwicklungspfad zurückzuführen. Moderate Lohnabschlüsse im Öffentlichen Dienst mit mäßigender Signalfunktion für andere Bereiche würden die Angebotsbedingungen weiter verbessern.

Bewätigung der Massenarbeitslosigkeit

Eine der fatalsten Hinterlassenschaften des Sozialismus in Ostdeutschland sind die Millionen von nicht wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen. Daher gilt es, schnellstmöglich neue und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Trotzdem wird das Arbeitsangebot die Nachfrage nach Arbeit mittelfristig bei weitem übersteigen. Auch wenn der Anpassungsprozeß erfolgreich verläuft, dürfte sich der Verlust an Arbeitsplätzen in einer Größenordnung von circa vier bis fünf Millionen bewegen. Die Anzahl der Arbeitsplätze in Ostdeutschland wird sich also in etwa halbieren.

In der Übergangsphase wird sich der ostdeutsche Arbeitsmarkt spalten. So werden im Dienstleistungssektor, aber auch in der Bauindustrie und in den neuen und modernen Unternehmen des warenproduzierenden Gewerbes neue und hochproduktive Arbeitsplätze geschaffen werden, die auch bei westdeutschem Lohnniveau wettbe-

werbsfähig sind. Auf der anderen Seite werden jedoch die zahlreichen, nicht mehr wettbewerbsfähigen Arbeitsplätze im Agrarsektor und in den traditionellen Unternehmen des warenproduzierenden Gewerbes verschwinden müssen; dies gilt auch für gewisse Bereiche des Dienstleistungssektors. Diese Spaltung des Arbeitsmarktes macht eine zweigleisige Arbeitsmarktpolitik unerlässlich.

Läßt sich die Lücke zwischen der aktuellen Lohnhöhe und dem Produktivitätsniveau mit Lohnsubventionen überbrücken? Dies wäre sehr gefährlich! Jede Investition, die sich primär auf niedrige Lohnkosten gründet, könnte sich nämlich im nachhinein als Fehlinvestition erweisen. Auch hier gilt: Lohnsubventionen sind lediglich kurzfristig vertretbar. Sie dürfen unproduktive Strukturen nicht verfestigen und sollten mit einer zügigen Privatisierung kombiniert werden.

Daher ist es wohl besser, für eine befristete Zeit mit Hilfe von Beschäftigungsgesellschaften und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einen „parallelen“ Arbeitsmarkt in Ostdeutschland zu schaffen. Hierbei wäre das Ziel, die für eine erfolgreiche Sanierung bestehender Betriebe notwendige massive Freisetzung von Arbeitskräften zu erleichtern, ohne die Betroffenen sofort in die Arbeitslosigkeit abstürzen zu lassen. Denn solch ein Absturz zum gegenwärtigen Zeitpunkt begünstigt die Langzeitarbeitslosigkeit.

Natürlich wird es sich nicht verhindern lassen, die Beschäftigungsgesellschaften auch mit anderen Unternehmen konkurrieren zu lassen, und zwar schon allein wegen der notwendigen Größe dieses Arbeitsmarktes – er umfaßt bereits etwa 300 000 Beschäftigte. Dennoch dürfte dies den Anpassungsprozeß in Ostdeutschland weit weniger gravierend verzerren, als wenn zur Bewältigung der Massenarbeitslosigkeit andere Wege gegangen werden. Alle alternativen Ansätze, wie z. B. die Subventionierung von Arbeitsplätzen in nicht wettbewerbsfähigen Unternehmen (Stichwort: Kurzarbeiter), sind lediglich ein Mittel, unter erheblichem Einsatz von Ressourcen die notwendige Beschäftigungsanpassung nach unten zu verzögern und die Unternehmen daran zu hindern, neue und wettbewerbsfähige Strukturen aufzubauen.

Verteilungspolitische Herausforderung

Eine aktive und offensive Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland fordert gewaltige finanzielle Mittel. Neben den Beschäftigungsgesellschaften sind auch noch der Vorruhestand, das Altersübergangsgeld und natürlich das Arbeitslosengeld zu finanzieren.

In diesem Zusammenhang wird häufig übersehen, in welchem Ausmaß es bereits zu einer Umverteilung von

West nach Ost gekommen ist. Denn nicht nur der Umtausch der vorhandenen Ostmarkbestände in DM war ein Lastenausgleich von West nach Ost, sondern auch die Umstellung der östlichen Transfereinkommen zum Satz von 1:1 beinhaltet eine erhebliche Umverteilung. Denn das gegenwärtige Niveau der östlichen Transfereinkommen beruht nicht etwa auf einem in der Vergangenheit durch Beitragszahlungen akkumulierten volkswirtschaftlichen Kapitalstock, so daß heute und für die Zukunft im Rahmen der Sozialversicherung immense Summen von West nach Ost transferiert werden müssen. Beliefen sich diese Transfers im Rahmen der sogenannten „Anschubfinanzierung“ 1990 noch auf rund 3 Mrd. DM, so erreichten sie 1991 schon circa 22 Mrd. DM und dürften im nächsten Jahr bereits 44 Mrd. DM betragen.

Diese Umverteilung zugunsten der Bezieher von Transfereinkommen kann und darf nicht länger durch Verschuldung, d. h. über einen Rückgriff auf die Kapitalmärkte, finanziert werden. Auch sollte diese Umverteilung nicht zu Lasten der Gewinne gehen. Denn nur bei positiven Gewinnerwartungen wird sich die von allen gewünschte positive Investitionsdynamik im Osten entfalten. Höhere indirekte Steuern sind in diesem Zusammenhang ebenfalls problematisch. Denn zum einen schmälern sie die gerade erst erhöhten Transfereinkommen, und zum anderen führen die mit ihnen verbundenen Preiserhöhungen in der Regel zu einer Steuer-Preis-Lohn-Spirale mit ebenfalls sehr negativen Rückwirkungen auf das gesamtwirtschaftliche Wachstumsklima.

Deshalb macht die Umverteilung zugunsten der östlichen Transfereinkommen – neben Ausgabenkürzungen – eine zusätzliche Belastung der Arbeitseinkommen (im Westen) erforderlich. So gesehen waren die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge und die Einführung der Solidarabgabe richtige Schritte auf dem Weg zu einer makroökonomisch effizienten Umverteilung.

Auch hier gibt es freilich die Gefahr inflatorischer Rückwärtlungen bei zukünftigen Lohnverhandlungen. Deshalb ist ein umfassender gesellschaftlicher Konsens über das richtige Maßnahmenbündel und den angemessenen Umfang der Umverteilung erforderlich. Hier sind die Politiker gefordert.

Dieser verteilungspolitischen Herausforderung muß man sich in Deutschland stellen. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Überwindung der Erblast des Sozialismus sind günstig. Wird freilich der Schwarze Peter – wie schon so oft in der Vergangenheit bei schwierigen Verteilungskonflikten – abermals der Bundesbank zugespielt, so wird die Bewältigung der Folgen des Sozialismus in Deutschland zunächst in die Rezession führen.